

# Stimmung der Bevölkerung Friedensvertrag-Vorschlag der Sowjetunion (1)

14. Januar 1959

Information Nr. 3/59 – Bericht über die Stimmung der Bevölkerung der DDR zum Friedensvertrag-Vorschlag der Sowjetunion

## Quelle

BArch, MfS, ZAIG 221, Bl. 1–7 (2. Expl.: zurückgegebenes Matern-Exemplar).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Ulbricht, Matern/Ablage, Honecker, Norden, Neumann, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke.

## Bemerkungen

Das 2., für Matern vorgesehene Exemplar ist gleichzeitig als Ablage-Exemplar ausgewiesen.

## Verweise

Informationen [4/59](#) und [9/59](#).

Dieser Bericht soll eine erste Einschätzung der Stimmung und einen vorläufigen Überblick über die bis jetzt bekannt gewordenen Argumente geben, wobei es zurzeit noch nicht möglich ist, bedeutungsvolle Unterschiede in der Reaktion der einzelnen Bevölkerungsschichten festzustellen, mit Ausnahme eines Teiles der ehemaligen Umsiedler.

Sofort nach Bekanntwerden des Vorschlages der Sowjetunion über einen Friedensvertrag<sup>1</sup> durch den Rundfunk nahm schon ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung der DDR spontan und vorwiegend in positivem Sinne dazu Stellung. Durch die weiteren Veröffentlichungen und Kommentare sowie durch die auf Initiative der Parteiorganisationen in den Betrieben, Verwaltungen und sonstigen Institutionen einberufenen Kurzversammlungen und anderer Agitation wurde erreicht, dass neben der Note über die Berlin-Frage<sup>2</sup> der Friedensvertrag-Vorschlag Hauptgegenstand der Diskussion ist bzw. werden beide – nachdem die Diskussionen über die Berlin-Frage in letzter Zeit etwas zurückgegangen waren – oft in einem engen Zusammenhang behandelt.

Bis auf ganz wenige Ausnahmen wird der Friedensvertrag-Vorschlag ohne wesentliche Unterschiede innerhalb der einzelnen Bevölkerungsschichten begrüßt und vor allem auf dessen große politische Bedeutung hingewiesen, ohne in vielen Fällen auf die einzelnen Artikel einzugehen. Das hat seine Ursache mit darin, dass viele über die Einzelheiten noch nicht richtig informiert sind.

Ein weiterer Ausdruck der Zustimmung sind die aus diesem Anlass eingegangenen vielfältigen Produktionsverpflichtungen. Auch konnte in vielen Fällen festgestellt werden, dass Personen, die bisher aus den verschiedensten Gründen zu politischen Ereignissen undurchsichtige und negative Stellungen bezogen, diesen Vorschlag begrüßten; z. B. als RIAS-Hörer<sup>3</sup> bekannte oder solche Personen, die gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze<sup>4</sup> eingestellt waren oder Personen, die bisher den Noten der SU keine Beachtung schenkten, sie als Manöver abtaten usw. Eine Reihe von Bürgern der DDR will auch von sich aus durch Übersendung der Vorschläge dafür sorgen, dass der westdeutschen Bevölkerung diese im richtigen Wortlaut bekanntwerden, damit die üblichen Entstellungen in der Presse und im Rundfunk Westdeutschlands ihre Wirksamkeit verlieren.

Der größte Teil dieses die Note begrüßenden Personenkreises und damit auch der größte Teil der Bevölkerung der DDR, betont dabei mit den verschiedensten Worten und in den verschiedensten Abwandlungen

- dass die SU damit wieder – wie schon so oft – bewiesen hat, wie sehr ihr der Frieden am Herzen liegt,
- dass dies ein neuerlicher wahrer Freundschaftsbeweis gegenüber dem ganzen deutschen Volke sei,
- dass diese konkreten Vorschläge die Kriegstreiber immer mehr entlarven und
- dass der Zeitpunkt für die Vorschläge gut gewählt worden sei.

(Letzteres bringen sie in Verbindung mit dem Start der kosmischen Rakete,<sup>5</sup> mit dem Besuch des Genossen Mikojan<sup>6</sup> in Amerika<sup>7</sup> und der Reise des Genossen Grotewohl<sup>8</sup> nach Afrika und Asien.<sup>9</sup>)

Für diese Argumente könnte eine Vielzahl von Beispielen angeführt werden. Hier einige der typischsten:

Der verdiente Arzt des Volkes Dr. [Name 1], Werneuchen, [Kreis] Strausberg, erklärte: »Der Friedensvertragsentwurf der SU ist ein weiterer Schritt zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, an der auch wir als Intelligenz brennend interessiert sind. Ich bin als Arzt deshalb daran so interessiert, weil der Friedensvertragsentwurf einen wahrhaft humanistischen Charakter trägt.« Der Bäckermeister [Name 2] aus Strausberg äußerte, dass er nicht verstehen kann, dass es immer noch Handwerker gibt, die keine positive Meinung zur Politik der DDR haben. Der Glasermeister [Name 3] aus Freienwalde nahm ebenfalls eine positive Haltung zum Friedensvertragsentwurf ein und verpflichtete sich zu Ehren der Note, für 1 000 DM<sup>10</sup> Glaserarbeiten im Nationalen Aufbauwerk<sup>11</sup> durchzuführen. Propst Ehlers<sup>12</sup> aus Doberan sagte: »Ich begrüße den Friedensvertragsentwurf und werde diesen heute noch durcharbeiten. Ich halte es für sehr richtig, mit allen Pastoren eine Aussprache zu führen und meine, dass die staatlichen Organe hierzu einladen sollten und ein Vertreter der SED oder der Nationalen Front als Gesprächsführer mit den Pastoren über den Friedensvertrag diskutieren sollte.«

Der parteilose Diplomingenieur und Leiter des Hauptlabors des VEB Kombinat Gölzau, [Kreis] Köthen,<sup>13</sup> erklärte: »Die westdeutschen Sender haben schon das ganze Jahr hindurch die Noten der SU, welche den Inhalt hatten, Deutschland wieder den Platz einzuräumen, den es verdient, verdreht. Ich habe noch vor einem Jahr den Westsendern oft Glauben geschenkt. Jetzt aber nehme ich einen anderen Standpunkt ein. Ich weiß, dass nur die SU das Beste für uns will, was dieser Vorschlag beweist. Insbesondere sind es die Punkte, wo wir uns als Deutsche ein Wirtschaftsleben aufbauen können, dass sich entwickeln würde, wie es noch nie dagewesen ist. Ich freue mich, dass die SU uns Deutsche nicht mit den Faschisten vergleicht, sondern als Deutsche behandelt, die für den Frieden arbeiten und kämpfen, wogegen die USA die SS-Banditen und Faschisten wieder in hohe Staatsstellungen bringt.« (Besonders aus Kreisen der Intelligenz wurden viele solcher eindeutig zustimmenden Meinungen bekannt.)

Ein großer Teil der solche und ähnliche Stellungnahmen abgebenden Personen glaubt aber nicht recht an einen auch von ihnen gewünschten Erfolg der sowjetischen Vorschläge und vertritt die Meinung, dass die Westmächte wie bisher immer nicht darauf eingehen werden: »Die SU hat schon viele gute Vorschläge unterbreitet, ohne dass sie von den Westmächten angenommen worden wären. So wird es auch diesmal sein und alles bleibt beim Alten.« Aus diesem Grunde macht man sich auch Gedanken darüber, welche Maßnahmen seitens der SU und der Westmächte folgen werden, ohne sich darüber klar werden zu können.

Die besonders bei der Diskussion über die Berlin-Note festzustellende Befürchtung, dass es zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen könnte, wird dabei zwar noch ausgesprochen, aber in einem sehr viel kleineren Maße, was besonders auf die »durch die kosmische Rakete dokumentierte Kraft der SU« zurückzuführen ist.

Im Vergleich mit den zustimmenden Äußerungen haben die unklaren Stellungnahmen nur einen geringen Anteil und direkt feindliche Reaktionen wurden nur vereinzelt festgestellt. Hauptgegenstand dieser unklaren und z. T. negativen Meinungen sind vor allem zwei Probleme:

a) Die Grenzregelung<sup>14</sup>

b) Die Regelung der Streitkräfte mit den damit zusammenhängenden Fragen der Bewaffnung.<sup>15</sup>

Dabei haben die Unklarheiten und z. T. das Nichteinverständnis mit der Grenzregelung den größeren Umfang und werden in allen Bezirken und Bevölkerungsschichten diskutiert, wenn sie dort auch die Minderheit ausmachen. Besonders befasst sich ein Teil der ehemaligen Umsiedler mit diesem Artikel über die Grenzregelung. Es werden dabei folgende typische Stellungnahmen abgegeben:

- Viele werden enttäuscht sein, dass die Ostgebiete verloren sind und sie nicht mehr in ihre Heimat zurückkommen.
- Wenn wir einen Friedensvertrag abschließen, so gehört ganz Deutschland dazu, auch die ehemaligen Ostgebiete.
- Das Gebiet, welches von Deutschland an Polen abgetreten wurde, sollte man zurückgeben und die SU sollte das von Polen genommene G an Polen zurückgeben.
- Wo gibt es denn so etwas, dass alles so bleiben soll, wie es am 1.1.1959 war, die sollen erst einmal Schlesien zurückgeben.
- Wenn die SU in ihren Noten einmal sagen würde, was mit den »Vertriebenen« werden soll und mit den ehemaligen deutschen Gebieten, da würden die Noten ganz anders behandelt werden und die SU würde auch mehr Anerkennung finden. Sie brauchten nur zu sagen, dass die Oder-Neiße-Grenze noch nicht endgültig ist und es würde ein lautes Hurra ertönen.
- »Die Vertriebenen könnten nie wieder Freunde einer Regierung werden, die sie vertrieben oder dieses geduldet hat.«
- Man soll uns auch, wie drüben im Westen, eine Abfindung für das, was wir verloren haben, geben.
- Wieso will die SU die Stadt Königsberg für sich in Anspruch nehmen, wo doch immer gesagt wird, dass die SU keine Raubkriege führt. Etw anderes wäre es noch, wenn man Polen dieses Gebiet zugesprochen hätte.

In mehreren Fällen versuchten Personen, die diese Argumente anführen, ihre eigene Meinung hinter dem Hinweis zu verstecken, »dass besonders die Westmächte mit dieser Grenzregelung nicht einverstanden sein werden«.

Zur Frage der Streitkräfte und deren Bewaffnung empfindet es ein Teil als ungerecht oder zumindest einer nochmaligen Überlegung wert, dass Deutschland verboten wird, Raketen, Bomben und U-Boote zu besitzen, da im Falle eines Überfalles durch einen Staat, der diese Waffen besitzt, Deutschland sich nicht wehren könne.

Dieser Artikel wird auch unter dem Gesichtspunkt der Weltraumforschung betrachtet. Ein Angehöriger der Kriminalpolizei des VPKA Rostock, Mitglied der SED, betonte z. B., dass er ganz begeistert von der Note sei, dass jedoch die Beschränkung in militärischen Fragen nicht klar genug ausgedrückt sei. Bei einer solchen Formulierung – irgendwelche Raketen zu besitzen, herzustellen oder auszuprobieren – würde Deutschland keine Möglichkeit haben, sich an der Weltraumforschung mit Raketen, Satelliten usw. zu beteiligen. Andere beachtenswerte Argumente, die jedoch nur vereinzelt auftraten, sind,

- dass die SU nur deswegen diesen Entwurf unterbreitet habe, weil sie sonst in der Berlin-Frage ihr Ziel nicht erreichen würde. (Bezirk Potsdam)
- Die Vorschläge sollen nur bezwecken, die Verhältnisse in der DDR auch auf Westdeutschland zu übertragen. (eine Lehrerin aus Zinnowitz)
- Man sei nur interessiert daran, eine Lösung der Deutschen Frage zu finden, weil die »Ostzone« sowieso aus dem letzten Loch pfeifen würde wäre nicht abzustreiten, dass wir weit hinter Westdeutschland liegen würden und es sonst noch ein Fiasko geben würde. (ein freiberuflicher Masseur aus Weimar)
- Der Abschluss eines Friedensvertrages sei nur dann möglich, wenn die Einheit Deutschlands bestehe. (Kombinat Schmirchau <sup>16</sup>/Ronneburg; (Vereinzelt werden in diesem Zusammenhang »freie Wahlen« als eine Voraussetzung dazu angeführt.)
- Wenn die SU alles der DDR übergibt, dann kommen die Amis und es gibt eine große Schießerei wie in Ungarn. <sup>17</sup> (ein Betriebsschutzangehöriger des VEB Pyrotechnik Berlin/Buchholz)<sup>18</sup>

Eine direkte Ablehnung des gesamten Vertrages konnte nur in sehr vereinzelt Fällen festgestellt werden, z. B. im VEB Bergmann Borsig<sup>19</sup> – wo insgesamt gesehen eine sehr positive Stimmung herrschte und von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter und Angestellten der Friedensvertragsentwurf begrüßt wurde – sprachen sich in einer Kurzversammlung acht Kollegen dagegen aus, weil dieser Friedensvertrag »zu einseitig« sei.

1

Im Januar 1959 legte die Sowjetunion den Entwurf eines Friedensvertrages der im Zweiten Weltkrieg an den Kämpfen gegen Deutschland beteiligten Staaten mit der DDR und der Bundesrepublik den Besatzungsmächten als Vorschlag vor. Am 10.1.1959 überreichte der Botschafter der Sowjetunion M. G. Perwuchin diesen Entwurf Walter Ulbricht. Als Voraussetzungen für den Abschluss des Vertrages werden darin der Austritt beider deutscher Staaten aus allen Militärbündnissen, der Verzicht auf moderne Waffensysteme, keinerlei Ansprüche auf die ehemals deutschen Ostgebiete und der Abzug aller Besatzungstruppen formuliert. Zum Wortlaut des Entwurfes siehe ND v. 11.1.1959.

2

Am 27.11.1958 übergab das sowjetische Außenministerium den westlichen Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich eine Note, in der die Sowjetunion ankündigte, der DDR die volle Kontrolle über die Verbindungswege zwischen Westdeutschland und Westberlin zu übertragen, sollte es nicht innerhalb eines halben Jahres zu einer vertraglichen Vereinbarung der alliierten Mächte kommen, die Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt garantierte. Dies beinhaltete den Abzug der Truppen der Westalliierten aus der Stadt. Damit kündigte die Sowjetunion den Viermächte-Status Berlins quasi auf. Diese Note war dem Vorschlag für einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten vom Januar 1959 vorausgegangen und leitete die sogenannte zweite Berlin-Krise ein. Vgl. dazu ausführlich Wettig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau. München 2006.

3

Der RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) wurde von der US-amerikanischen Militärverwaltung in Westberlin eingerichtet und strahlte 1946 bis 1993 zwei Hörfunkprogramme, ab Ende der 1980er-Jahre auch ein Fernsehprogramm aus. Der RIAS galt in der DDR als amerikanischer Propagandasender und seine Hörerschaft als der politischen Gegnerschaft verdächtig.

4

Das Potsdamer Abkommen vom 2.8.1945 regelte den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze entlang der Flüsse Oder und Lausitzer Neiße. Damit fielen die vor dem Zweiten Weltkrieg zu Deutschland gehörenden Provinzen östlich des Grenzverlaufes unter polnische Administration. Die DDR und Polen erkannten mit der Unterzeichnung des Görlitzer Abkommens vom 6.7.1950 die Oder-Neiße-Linie endgültig als deutsch-polnische Staatsgrenze an. Im Sprachgebrauch der DDR erhielt sie die Bezeichnung »Oder-Neiße-Friedensgrenze«.

5

Gemeint ist der Start einer sowjetischen unbemannten Rakete am 2.1.1959. Die Rakete mit dem Namen »XXI. Parteitag« sollte in die Umlaufbahn des Mondes eindringen und der Sowjetunion damit einen Vorsprung vor den USA im Wettlauf um die Erforschung des Mondes verschaffen. Dieses ambitionierte Vorhaben scheiterte aber, da die Rakete in die Umlaufbahn der Sonne geriet. Vgl. ND v. 4.1.1959.

6

Anastas Howhannessi (russ. Anastas Iwanowitsch) Mikojan, Jg. 1895, sowjetischer Politiker, ab 1923 Mitglied des ZK der KPdSU, 1935–66 Mitglied des Politbüros bzw. des Präsidiums der KPdSU, 1955–64 erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion.

7

Mikojan hielt sich als erster ranghoher sowjetischer Politiker Anfang 1959 auf einer offiziell als privat deklarierten Reise in den USA auf. Er traf dort am 5.1.1959 mit Außenminister John F. Dulles zu einem Gespräch zusammen, in dessen Verlauf er auf eine Vereinbarung über den Austritt der DDR und der Bundesrepublik aus dem Warschauer Vertrag bzw. der NATO drang.

8

Otto Grotewohl, Jg. 1894, SPD-Politiker, ab 1946 SED-Funktionär und bis 1954 mit Wilhelm Pieck paritätischer Vorsitzender der SED, 1949–64 Ministerpräsident bzw. Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

9

Vom 4. bis 16.1.1959 reiste Otto Grotewohl an der Spitze einer ostdeutschen Delegation in die Vereinigte Arabische Republik, den Irak und nach Indien. Die SED-Führung formulierte als Maximalziel dieser Reise, die diplomatische Anerkennung der DDR durch diese Staaten und den Austausch von Botschaftern, was Grotewohl nicht erreichen konnte. Allein mit Kairo vereinbarte er die Errichtung von Generalkonsulaten. Vgl. Hoffmann, Dierk: Otto Grotewohl (1894–1964). Eine politische Biographie. München 2009, S. 638–645.

10

Im Zuge der Währungsreform im Juli 1948 auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone wurde die Reichsmark als bis dahin gültiges Zahlungsmittel durch die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank abgelöst. Bis 1964 hieß die Währung in der DDR also auch Deutsche Mark (DM). Erst 1964 wurde sie in Mark der Deutschen Notenbank (MDN) und mit Gründung der Staatsbank der DDR im Jahr 1968 in Mark der DDR (M) umbenannt.

11

Das Nationale Aufbauwerk der DDR wurde 1951 gegründet, um auf der Grundlage von freiwilliger, unentgeltlicher Arbeit Bauvorhaben in Ostberlin realisieren zu können. Später wurde es auf die gesamte DDR ausgeweitet. Träger war die Nationale Front.

12

Hans-Martin Ehlers, Jg. 1906, evangelischer Theologe, ab 1949 Propst der Propstei Bad Doberan.

13

Gemeint ist das VEB Braunkohlekombinat Gölzau in Weißandt-Gölzau.

14

In dem Entwurf eines Friedensvertrages wird Deutschland als Staat in den Grenzen vom 1.1.1959 beschrieben. Dies gilt auch für den Grenzverlauf zwischen der DDR und der Bundesrepublik bis zur Vollendung der angestrebten staatlichen Einheit. Beide deutsche Staaten sollen in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen von 1945 auf alle Rechte und Ansprüche auf die ehemaligen deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze einschließlich der Städte Danzig und Kaliningrad (Königsberg) verzichten, außerdem die Ungültigkeit des Münchner Abkommens von 1938 und die Zugehörigkeit des ehemaligen Sudetengebietes zur Tschechoslowakei sowie das Gebiet Elsass-Lothringens als französisches Staatsgebiet anerkennen. Vgl. ND v. 11.1.1959.

15

Der sowjetische Vorschlag für einen Friedensvertrag mit Deutschland sah den Aufbau eigener deutscher Streitkräfte vor, die mit dem notwendigen Kriegsmaterial, Waffen und Geräten ausgerüstet werden sollten. Darüber hinaus sollte Deutschland der Erwerb, der Besitz und die Produktion von ABC-Waffen, Raketen und gelenkten Geschossen, Bombenflugzeugen und U-Booten verboten werden. Alle ausländischen Truppen sollten nach Inkrafttreten des Vertrages aus Deutschland abgezogen und zukünftig auch nicht mehr stationiert werden. Vgl. ND v. 11.1.1959.

16

Im Original: »Schmierchau«. Gemeint ist ein Schacht bzw. Bergbaubetrieb der Wismut.

17

Die Bemerkung bezieht sich auf den Volksaufstand in Ungarn, der am 23.10.1956 mit Demonstrationen in Budapest begann, die sich in den folgenden Tagen auf das ganze Land ausweiteten. Bereits am Abend des 23.10. bat Parteichef Ernő Gerő die sowjetische Armee um Hilfe. Am 24.10. wurde die Forderung der Demonstranten nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy zum Ministerpräsidenten erfüllt, am 25.10. wurde Parteichef Gerő durch Janos Kádár ersetzt. Zeitgleich kam es zu Angriffen auf die Demonstranten, bei denen etwa 200 Personen getötet wurden. Vgl. dazu u. a. Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 127–136.

18

Die genaue Bezeichnung lautete VEB Pyrotechnik Silberhütte, Werk Berlin-Buchholz.

19

Der VEB Bergmann-Borsig war der größte Hersteller von Kraftwerkskomponenten in der DDR und hervorgegangen aus der 1891 von Sigmund Bergmann gegründeten »Bergmann Electricitäts-Werke Aktiengesellschaft«.